

II- 1352 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 23. Juni 1971 No. 714/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Blecha, Schieder, Dr. Reinhart
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend Aufschub des Präsenzdienstes für Studierende.

In der Tageszeitung "Linzer Volksblatt" vom 16. Juni 1971
wird die Tatsache kritisiert, daß Herr Dr. Peter Kreisky,
der Sohn des Bundeskanzlers, bisher keinen Wehrdienst
geleistet hat.

Wörtlich heißt es u.a.: "Warum soll es gerade für ihn
ein staatsbürgerliches Extrawürstel geben?"

Den unterzeichneten Abgeordneten ist bekannt, daß Peter
Kreisky während seinen Studiums in gleicher Weise wie
tausende andere Studierende im Sinne der Bestimmungen des
§ 29 des Wehrgesetzes einen Antrag auf Aufschub des Präsenz-
dienstes eingebracht hat. Nach dieser Gesetzesstelle kann
nämlich für Wehrpflichtige, "die einem Hochschulstudium
obliegen, oder sich nach dessen Abschluß auf eine zugehörige
Prüfung vorbereiten", der Antritt des Wehrdienstes aufge-
schoben werden.

Um in diese Angelegenheit völlige Klarheit zu bringen,
richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn
Bundesminister für Landesverteidigung folgende

- 2 -

A n f r a g e n :

- 1) Wann wurde von Herrn Dr. Peter Kreisky ein Ansuchen auf Aufschub des Präsenzdienstes eingebracht ?
- 2) Wann und unter der Amtsführung welches Bundesministers wurde diesem Ansuchen stattgegeben ?
- 3) Auf Grund welcher gesetzlicher Bestimmungen wurde dem Ansuchen zugestimmt ?
- 4) In wievielen gleichgelagerten Fällen wurde bisher ein Aufschub der Ableistung des Wehrdienstes gestattet ?